

Forderungen der FU Unterfranken durchgesetzt
Pressemitteilung der Bezirksvorsitzenden Dr. Anja Weisgerber
24.10.2009

Die FU Unterfranken kann einen großen Erfolg verbuchen. Ihre Forderungen zu den Koalitionsverhandlungen wurden von Landtagspräsidentin Barbara Stamm durchgesetzt

Forderungen der Frauen-Union Unterfranken von Barbara Stamm bei Koalitionsverhandlungen durchgesetzt

Großer Erfolg für die Frauen-Union Unterfranken: Eine Reihe familienpolitischer Forderungen in der Steuer- und Sozialpolitik, die vom unterfränkischen FU-Bezirksverband formuliert wurden, sind unter anderem von der CSU-Landtagspräsidentin Barbara Stamm, der stellvertretenden Generalsekretärin Dorothee Bär sowie der Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Christine Haderthauer, in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt worden. Im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen hatte der Bezirksvorstand der Frauen-Union Unterfranken um die Bezirksvorsitzende und CSU-Europaabgeordnete Dr. Anja Weisgerber Forderungen formuliert und an die unterfränkischen CSU-Verhandlungsführer und an alle unterfränkischen Bundestagsabgeordneten geschickt. Auch auf Landesebene wurden die unterfränkischen Forderungen unter der Leitung der Landesvorsitzenden Dr. Angelika Niebler fortentwickelt und angenommen. Die Forderungen der Frauen-Union, das Kindergeld zu erhöhen, den Kinderfreibetrag stufenweise anzuheben, die Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten bei der Rentenberechnung sowie die Einführung eines Betreuungsgelds, wurden erfolgreich im Koalitionsvertrag festgelegt und werden in der neuen Legislaturperiode zu Erleichterungen für Familien führen. Um Wahlfreiheit zu anderen öffentlichen Angeboten und Leistungen zu ermöglichen, soll ab dem Jahr 2013 neben dem wichtigen Anspruch auf einen Kinderkrippenplatz das für die CSU sehr wichtige Betreuungsgeld in Höhe von 150,- Euro für Kinder unter drei Jahren als Bundesleistung eingeführt werden.

"Ich freue mich sehr, dass die Forderungen der FU Unterfranken, vor allem die Erhöhung des Kindergeldes, des Kinderfreibetrags, die Anrechnung der Kindererziehungszeiten bei der Rente sowie die Einführung des Betreuungsgelds von den Verhandlungsführern sowohl in den Fachausschüssen als auch in der großen Verhandlungsrunde durchgesetzt wurden. Das ist ein großartiger Erfolg für die Frauen-Union Unterfranken und unsere inhaltliche Arbeit. Unsere unterfränkische Spitzenpolitikerin und das soziale Gewissen der CSU, Barbara Stamm, Dorothee Bär und Christine Haderthauer haben unsere Forderungen mit viel Herzblut eingebracht und durchgesetzt. Ihnen gebührt ein besonderer Dank", so Weisgerber. **"Dieser Erfolg ist für uns Bestätigung und Auftrag zugleich. Wir werden unsere Themen auch weiterhin öffentlich diskutieren und publik machen",** so Weisgerber weiter.

Obwohl die Staatsministerin Haderthauer und auch Barbara Stamm sich vehement für eine Forderung der Frauen-Union Unterfranken, das neue Unterhaltsrecht zu reformieren, ein-

gesetzt haben, konnte diese Forderung, die eine erhebliche Besserstellung für die geschiedenen Frauen mit sich bringen würde, nicht durchgesetzt werden. Zum 1.1.2008 ist das neue Unterhaltsrecht in Kraft getreten. Der Gesetzgeber hat den Unterhalt für Mütter wegen der Betreuung ehelicher Kinder dem Unterhalt wegen der Betreuung nichtehelicher Kinder angepasst. Damit wurde der Unterhaltsanspruch wegen der Betreuung ehelicher Kinder verschlechtert. **"Hier muss dringend nachgebessert werden"**, so Weisgerber weiter. Nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes ist einer geschiedenen Mutter eine Beschäftigung zuzumuten, sobald ihr Kind das dritte Lebensjahr erreicht hat. Außerdem wurde die Grenze, die bestimmt, ab welchem Alter des Kindes die Mutter in jedem Fall (außer in schwierigen Ausnahmesituationen) wieder ganztags arbeiten muss, von 15 Jahren (nach dem sog. Altersphasenmodell) auf 13 Jahre herabgesetzt. **"Auch wenn eine Reform des Unterhaltsrechts nicht im Koalitionsvertrag festgelegt ist, werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass diese Ungerechtigkeiten im Unterhaltsrecht ausgeräumt werden"**, so die FU-Bezirksvorsitzende Anja Weisgerber abschließend.